

Für die Internet-Veröffentlichung geänderte Datei.

Achtung! Artikel über Europäisches Sozialforum folgt etwas weiter unten.

Dies ist eine Sonderveröffentlichung mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion der quer, überregionale und unabhängige Zeitung für Erwerbslose.

Die quer lebt von Abos und ist daher normalerweise nicht digital verfügbar.

Abopreis (6 Ausgaben pro Jahr): 12,50 Euro

Probeheft: 1,65 Euro

Bestellungen: Per Mail an quer.infos@web.de

Nun aber viel Spaß bei der Lektüre des Artikels über das Europäische Sozialforum in Istanbul!

Europäisches Sozialforum 2010 in Istanbul:

Wenig TeilnehmerInnen, drängende Probleme, die Krise spaltet Europa

Vom 1.7. zum 4.7.2010 fand das europäische Sozialforum (ESF) in Istanbul statt. Die Vorbereitung war denkbar schlecht: bis wenige Tage vor dem Beginn war nicht herauszufinden, wo das Treffen stattfindet (Istanbul hat mehr als 12 Mio. Einwohner). Als die Veranstaltungsorte dann bekannt wurden (in zwei verschiedenen Universitäten), gab es keine Lagepläne der Seminarräume. Die Abschlussdemonstration wurde erst am Tag davor auf einer Kreidetafel bekannt gegeben [siehe Bild]. Dementsprechend lag die Teilnehmerzahl auch deutlich unter der von früheren Treffen. Subjektiv und positiv gefühlt waren maximal 2.000 in den verschiedenen Seminaren anwesend, die Zahl für die Abschlussdemonstration lag unter 5.000. Wenn das ESF weiterge-

führt werden soll, darf eine solche Desorganisation nicht wieder vorkommen (was auch immer der Grund dafür gewesen sein mag).

Inhaltlich geprägt wurde das Forum von zwei Themen: Climate justice und ökonomische Krise bzw. Staatsverschuldung. Kleinere übergreifende Themenblöcke waren noch (Privatisierung des) Erziehungssystem, Gender, kapitalistische Restrukturierung der Landwirtschaft und Migration. Selbstverständlich war das Gesamtprogramm aber mit geschätzten 228 Veranstaltungen viel umfassender. Die meisten von diesen fanden auch statt, wenn auch mit teilweise niedriger Teilnehmerzahl.

In den Veranstaltungen zur ökonomischen Krise wurde die Massivität des An-

griffs auf die Einkommen der Rentner, Arbeitslosen und Arbeiter des öffentlichen Dienstes deutlich, die aktuell in Portugal, Irland und Italien, Griechenland und Spanien stattfinden. Das Bild ist überall ungefähr ähnlich, am schärfsten in Griechenland mit teilweisen 30% Kürzungen des Einkommens der Angestellten im öffentlichen Dienst und 20% Streichung bei der Rentenhöhe. Die Souveränität der griechischen Regierung ist weitgehend abgeschafft, die Entwicklung der Staatsausgaben wird vom IWF (Internationalem Währungsfonds) und der EU überwacht. Dabei ist völlig klar, dass der eingeschlagene Kurs keinerlei Chancen hat, das geforderte Einsparvolumen jemals zu erreichen, somit aber auch, dass es zu weiteren Einschnitten kommen

wird. Griechenland, aber auch Spanien, Irland und Portugal sind Experimentierfelder der EU bzw. des IWFs geworden, in denen die Schocktherapie der vergangenen Jahrzehnte, die überwiegend auf den Süden und Osten der Erdkugel begrenzt war, für den Süden Europas weiterentwickelt wird. Deutlich wurde aber auch, dass diese Strategie eingebettet ist in eine innereuropäische Konkurrenz. So profitiert das deutsche und niederländische Kapital von dem durch die Schuldenkrise herbeigeführten niedrigen Niveau des Euros und verbucht eine deutliche Steigerung des Exports. Die deutsche Bevölkerung wird gleichzeitig durch eine abnehmende Arbeitslosigkeit und nationalistische Identifikationsangebote eingebunden, ist aber auch diejenige in Europa, welche im vergangenen Jahrzehnt die geringsten Lohnzuwächse verzeichnet hat. Die Staatsverschuldung der südeuropäischen Länder ist weiter eine Art Genehmigung für international agierende Banken, Gewinne zu machen. Die europäische Zentralbank (EZB) vergibt Kredite an Privatbanken zu einem Zinssatz von unter einem Prozent, die dann mit Zinssätzen um die vier und bis zu acht Prozent an die Staaten weitergegeben werden. Für die Kredite garantiert dann wieder die EU, d. h. das Geschäft der Privatbanken ist praktisch ohne Risiko. Direkte Kredite der EZB an die verschuldeten Staaten werden dagegen nicht vergeben.

In einer anderen Veranstaltung wurde, leider weniger gut vorbereitet, die Auswirkung der Krise im Osten Europas diskutiert. In Russland, der Ukraine, Lettland und Ungarn ist es zu einer extremen Zunahme der Arbeitslosigkeit gekommen, Polen und Tschechien sind weniger betroffen. Der IWF ist z. B. in Lettland, Ungarn und Rumänien aktiv. Die dortigen rechten Regierungen agieren teilweise brutaler, als der IWF es verlangt.

Durch die Schuldenkrise verstärkt, als Tendenz aber schon viel länger vorhanden, gibt es eine wachsende Industrialisierung und Technisierung der Landwirtschaft der Länder des Mittelmeerraums. In der Türkei z. B., die nicht zum Euroraum gehört, wurde in den letzten drei Jahrzehnten die Zahl der Bauern deutlich reduziert (in ungefähr 30 Jahren auf ein Achtel der ursprünglichen Zahl). Im Rahmen der Aufnahmegespräche der Türkei in die EU gibt letztere vor, den Anteil der Erwerbstätigen, die in der landwirtschaftlichen Produktion beschäftigt sind, von 20% auf deutlich unter 10% aller Beschäftigten zu senken - fordert also indirekt den

Ruin einer erheblichen Zahl von Kleinbauern. Die landwirtschaftliche Produktion in den übrigen Ländern (z.B. Italien, Spanien, aber auch Marokko) wird zunehmend von Agrokonzernen beherrscht, die in riesigen Plastikgewächshausanlagen praktisch nur noch Migrationsarbeiter aus Afrika beschäftigen (nach Angabe eines Referenten werden allein in Almeria, Spanien, bis zu 100.000 Migrationsarbeiter pro Jahr beschäftigt), und zwar unter horrenden Arbeitsbedingungen und bei minimaler Entlohnung. Die Intensität des Anbaus zieht eine ebenso intensive Bewässerung, Düngung und massiven Einsatz von Pestiziden nach sich, mit katastrophalen Folgen für die Umwelt.

Die Zuspitzung der Kreditkrise als Krise der Staatsfinanzen ist, das wurde auf dem ESF auch sehr deutlich, nicht ohne massive Widerstandsaktionen geblieben. In Griechenland ist es bereits zu fünf Generalstreiks gekommen. Der sechste, der den privaten und den öffentlichen Bereich umfasst, ist in Vorbereitung. In Spanien haben während der Tagung des ESF die Arbeiter des öffentlichen Nahverkehrs einen unbegrenzten Streik beschlossen und zwar, bis die Senkung der Renten vom Tisch ist. Dieser Streik wurde in Madrid breit befolgt und hat zu einem massiven Zusammenbruch des Verkehrs geführt. In Portugal fand Ende Mai eine der größten landesweiten Demonstrationen statt mit 300.000 Teilnehmern, was bei insgesamt 11,3 Mio. Einwohnern eine erhebliche Zahl ist. Die Hafendarbeiter in Athen haben mehrfach gestreikt und dabei u. a. auch den gesamten Hafen blockiert, wodurch der Tourismus empfindlich gestört wurde. Das hat den griechischen Staatspräsidenten PAPANDEOU dazu geführt, sich bei den Touristen zu entschuldigen.

Die Situation des griechischen Widerstands gegen das Programm des IWF und der EU ist kompliziert bis aussichtslos, wenn es nicht in näherer Zukunft zu einer koordinierten Antwort der linken Bewegung in Europa kommt. Nationale Souveränität wieder durchzusetzen und das IWF/EU-Programm zu kippen, bedeutete fast automatisch, dass Griechenland die Euro-Zone verlassen müsste. Die ökonomischen Konsequenzen davon wären nicht abzusehen - weder für Griechenland noch für die übrigen europäischen Länder. Ohne diesen Schritt ist aber eine Veränderung des Verarmungskurses der griechischen Regierung nicht erreichbar, weil diese gar nicht mehr frei entscheidet, sondern ihren Haushalt gegenüber dem IWF und EU legitimieren muss.

Eine nennenswerte europäische Koordination des Widerstandes wurde bis dato nicht erreicht. Als einziger aktueller Vorschlag steht der 29.09.2010 im Raum. An diesem Tag soll es auf Initiative von französischen Gruppen einen europaweiten Aktionstag geben. Allerdings kann es an diesem Tag kaum zu grenzüberschreitenden Aktionen kommen, weil der Tag ein Mittwoch ist und somit arbeitenden Menschen keine Anreise ermöglicht. Auch sind die jeweiligen Inhalte wohl eher national ausgelegt. An dieser Stelle wurde auch eine gewisse faktische, nicht gewollte Spaltung des ESF deutlich. Die Länder des Nordens, insbesondere Deutschland, sind stärker an Inhalten wie Climate Justice interessiert. Zwar waren „grüne“ Gruppen diesmal kaum auf dem ESF präsent, eine starke Fraktion aus dem Norden sieht aber in der Frage des Klimawandels und der Migration einen wesentlichen Schwerpunkt des politischen Handelns. Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass solche Klimaproteste in Deutschland einen höheren Mobilisierungsgrad ermöglichen. In den Gruppen des Südens spielte diese Frage nur eine untergeordnete Rolle. Speziell den anwesenden Gewerkschaftsgruppen ging es eher um Wachstum und Arbeitsplätzen - Ziele, die nicht ohne weiteres mit Climate Justice in Einklang gebracht werden können.

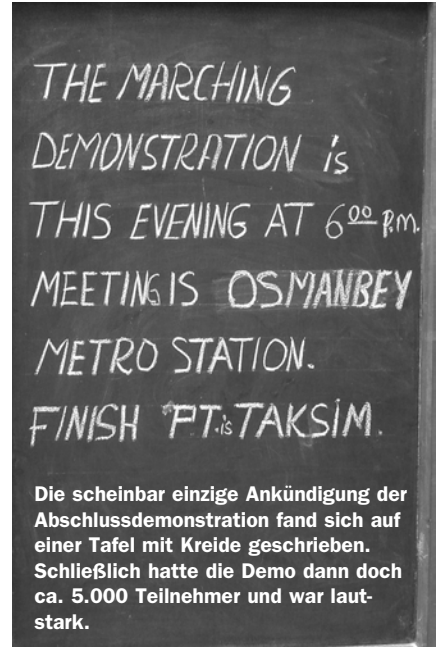
Insofern gibt es eine ökonomische Spaltung Europas in einen prosperierenden Norden (infolge der Staatsverschuldung des Südens sinkt der Euro und steigert den Export der nördlichen Länder) und einen Süden, der im wachsendem Maße verarmt und Zinsen an die Banken des Kreditgebenden Nordens zahlt. Das führt dazu, dass es nicht nur eine formalen sondern auch einer inhaltlichen Koordination politischer Forderung und Interventionen bedarf.

Die wesentlichen Bezugsdaten für die Climate Justice-Aktionen bedeuten durch die Nähe der Daten wohl eine gewisse Konkurrenz (12.10.10: Direct action day for climate justice; 16.10.10: Via Campesina - Action against Monsanto).

Die Diskussion um einen Green New Deal, d.h. der Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich regenerativer Energie, wurde als mögliche Verbindung dieser beiden Stränge betrachtet. Allerdings bedeutet auch Green New Deal Orientierung am Wachstum und steht damit der Forderung nach Klimagerechtigkeit, d. h. weniger Konsum und Verringerung der Arbeitszeit, entgegen.



Beginn des Demonstrationzugs am 3.7. mit ca. 5.000 Teilnehmern



Die scheinbar einzige Ankündigung der Abschlussdemonstration fand sich auf einer Tafel mit Kreide geschrieben. Schließlich hatte die Demo dann doch ca. 5.000 Teilnehmer und war lautstark.

Inhaltlich schlägt ATTAC Frankreich folgende kurzfristigen Forderungen vor: Reduktion des öffentlichen Schulden, Finanzierung der Staatshaushalte mit billigen Krediten direkt von der EZB, demokratische Kontrolle des Bankwesens, Finanztransaktionssteuer, Schließung der Steueroasen, großes öffentliches ökologisches Investitionsprogramm, Reduktion des Exportüberschusses von Deutschland. Diese Forderungen dürften weitgehender Mindestkonsens gewesen sein. Die Schließung der Börsen wurde als weiterer Minimalkonsens genannt.

Was die Koordination des Widerstands angeht, gibt es zwar den genannten europaweiten Termin (den 29.09.2010). Es fehlt aber an zündenden Aktionsideen. Zudem besteht das Problem der abweichenden Terminfestlegung durch die Climate justice-Bewegung. Konsens war aber bei allen Veranstaltungen, dass der ESF ein Kernelement für die europaweite Koordination sein müsse. Es gebe praktisch keine andere Veranstaltung und Organisation, die es schaffe, die vielen linken und ökologischen Bewegungen in Europa zu koordinieren. Da diese Einsicht wohl richtig ist, muss das nächste ESF deutlich effizienter organisiert sein. Es sollte wohl auch nicht erst in zwei Jahren wieder stattfinden, weil die ökonomische und politische Entwicklung viel rasanter verläuft. Immerhin wurde in dieser Richtung auf der Abschlussversammlung ein Zwischentreffen am 23./24.10. bzw. 13./14.11 in Paris beschlossen.



Transparent des Euromarsches auf der Abschlussdemonstration



...eine bunte Demonstration mit mindestens 2.000 Teilnehmerinnen....

(Text in voller Länge S. 18)